Abgründe

Im Kampf gegen Aids, Sexismus oder Korruption steht der U2-Sänger **Bono,** 57, gern in der ersten Reihe und an der Seite wichtiger Politiker. Nun entschuldigte er sich wegen Mobbing- und Missbrauchsvorwürfen, die Organisation One betreffend, die er 2004 mitgegründet hat. One engagiert sich gegen Armut. Insbesondere die ehemalige Afrikadirektorin steht nach Recherchen der „Mail on Sunday“ im Verdacht. Sie soll zum Beispiel versucht haben, eine Angestellte als Sexgespielin an einen Politiker zu vermitteln. Die ehemalige Führungskraft bestreitet alle Vorwürfe. Bono sagte, er sei „entsetzt“, und er wolle den persönlichen Kontakt zu den betroffenen Mitarbeitern suchen, die jetzt eine Klage eingereicht haben. Bonos Name kommt in den Gerichtsunterlagen nicht vor. ks

HAMILTON / REA / LAIF

Bratwürste und Gold

Der Satiriker **Martin Sonneborn,** 52, Vorsitzender der Partei „Die Partei“ und seit 2014 Europaabgeordneter, errang jetzt einen Sieg im Kampf um die Zukunft seines politischen Projekts. „Die Partei“ hatte 2014 mit einem „Geldverkauf“ den damaligen Goldverkauf der AfD veräppelt. So wurden Umsätze angekurbelt, um höhere Staatszuschüsse zu kassieren. Die Bundestagsverwaltung hielt das später für rechtswidrig und forderte die Mittel zurück, plus Strafzahlung. Für „Die Partei“ hätte das die Pleite bedeutet. Sie klagte und bekam vom Verwaltungsgericht Berlin recht. Der neue Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sorgte aber dafür, dass Berufung eingelegt wurde. Vorvergangenen Mittwoch kam es zum Showdown am Oberverwaltungsgericht. Der Satiriker habe sich „in die zweite Reihe zurückgezogen“, sagte der Vorsitzende Richter, weil Sonneborn nicht bei seinen Anwälten Platz nahm. „Ich sitze gerne mit dem Rücken zur Wand“, antwortete der. Die Berufung wurde zurückgewiesen. Die Juristen der Bundestagsverwaltung hatten vergebens argumentiert, wenn man der Rechtsauffassung der „Partei“ folge, ergäben sich weitere Missbrauchsmöglichkeiten. Man könne zum Beispiel Bratwürste mit 100-Euro-Scheinen bezahlen lassen und die als Einnahmen melden, auch wenn man nur zwei Euro pro Wurst behalte. „Interessant, wie viele semikriminelle Modelle sich die Verwaltung ausgedacht hat“, kommentierte Sonneborn, „mir fehlte da der satirische Ansatz.“ hip

STEFFENS / DDP IMAGES

SASCHA RHEKER / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

„Wie vor 100 Jahren“

Seit Mitte Februar steht Tag für Tag eine Gruppe fundamentalistischer Christen vor ihrem Büro und demonstriert gegen Abtreibung: **Claudia Hohmann,** 53, ist Geschäftsführerin von Pro Familia in Frankfurt am Main und sorgt sich um Frauen in Notlagen, die an den Demonstranten vorbei den Weg in ihre Beratungsstelle suchen müssen.

„Diese Gruppe hat schon letztes Jahr hier demonstriert, auch in den Wochen vor Ostern. Dann kamen sie im Herbst noch einmal. Mal sind es 3 Leute, mal 15. Sie stehen jeden Tag da, von 9 bis 15 Uhr, manchmal knien sie auch und beten oder singen. Sie halten Bilder hoch, auf denen Föten zu sehen sind oder auf denen Sätze stehen wie: Danke, Mama, dass ich leben darf.

Zuerst haben wir gedacht, okay, wir lassen uns davon nicht aus dem Konzept bringen. Aber als sich abzeichnete, dass sie jetzt schon wieder kommen wollten, haben wir uns juristisch beraten lassen. Immerhin haben wir erreicht, dass sie nicht mehr direkt vor dem Eingang stehen, sondern ein paar Meter zurückgezogen auf einem Podest. Trotzdem ist das alles andere als angenehm für Frauen, die zur Beratung kommen. Viele sind schockiert, manche fühlen sich bedroht.

Wir haben den gesetzlichen Auftrag, eine ergebnisoffene, neutrale und ungestörte Beratung sicherzustellen. Oft geht es ja auch um Themen wie Elterngeld, frühe Hilfen in der Schwangerschaft, Kinderwunsch und Frauengesundheit. Ein Schwangerschaftsabbruch ist nichts, was jemand gern macht. Es kommen oft Frauen zu uns, bei denen Verhütungsmittel versagt haben oder die aus finanzieller Not an der Verhütung gespart haben. Und nicht immer ist Sexualität freiwillig. Die Frauen stehen dann mit ihren Problemen allein da, machen sich selbst Vorwürfe und haben es schwer genug, wenn sie zu uns kommen. Sie brauchen Verständnis und Unterstützung, keine zusätzliche Instanz, die ihnen noch mehr Vorwürfe macht. Inzwischen haben wir zum Glück viel Unterstützung bekommen. Es gibt Gegendemonstrationen, etwa vom Frankfurter Bündnis für Frauenrechte.

Frauen haben das Recht auf alle wichtigen Informationen über einen ordentlichen, legalen Schwangerschaftsabbruch. Ohne dieses Recht wären wir wieder auf dem Weg in ein Elend wie vor 100 Jahren, als Frauen bei wilden Abbrüchen mit dem Kleiderbügel ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.“ Aufgezeichnet von Matthias Bartsch